GEMEINDERAT KLOSTERS

SITZUNG VOM **PROTOKOLL NR.**

15. März 2022

Sitzung Nr.	11
Dauer:	Abendsitzung (20.00 bis 23.10 Uhr)
Ort:	Arena Klosters, Arena 1 (Eventhalle), Doggilochstr. 51
Anwesend:	*Gemeinderats-Präsident (Vorsitz)* Martin Bettinaglio *Gemeinderäte* Hanspeter Ambühl Luzi Brosi Hans-Peter Garbald jun. Andrea Guler, Jg. 1977 Samuel Helbling Marco Hobi Marcel Jecklin Johannes Kasper Christian Lüscher Elizabeth (Liz) Rüedi-Murchison Selina Solèr Hans Ueli Wehrli *vom Vorstand sind anwesend* Gemeindepräsident Hans Ulrich Roth Gemeindevizepräsident Andreas (Andres) Ruosch Vorstandsmitglied Vincenzo (Vinci) Carrillo Vorstandsmitglied Florian (Flury) Thöny Vorstandsmitglied Eva Waldburger-Weber
Protokoll:	Gemeindeschreiber Michael Fischer
zu Traktandum 1:	Roger Stäubli, Kantonsingenieur-Stv., Chef Strassenbau, Tiefbauamt Graubünden Peter Landert, Abteilungsleiter Stellvertreter (Bereich Immissionsschutz): Lärmschutz, Erschütterungen, Mindestabstände Tierhaltung, Verkehrsmodellierung, Amt für Natur und Umwelt Graubünden Cornelia Voltz, Leiterin Bau und Infrastruktur
Entschuldigt:	Gemeinderat Albert Gabriel (krank); Gemeinderätin Stephanie Mayer-Bruder (krank)
Presse:	Conradin Liesch-Allemann, Klosterser Zeitung

GEMEINDERAT KLOSTERS

SITZUNG VOM **PROTOKOLL NR.**

Traktandenliste:

1. Anpassung Höchstgeschwindigkeit auf Gemeindegebiet Klosters aus Gründen des Lärmschutzes und der Sicherheit, Serneuserstrasse, Klosterserstrasse (Landstrasse), Monbielerstrasse und Gemeindestrassen, Klosters innerorts (u. a. durchgehende Reduktion Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h zwischen Klosters Dorf und Klosters Platz): Verfügungen Regierung Kanton Graubünden sowie Kantonspolizei Graubünden, weiteres Vorgehen 58

2. Orientierungen und Aussprache 59

- **Vergabe gemeindeeigene Baulandparzellen im Baurecht (Gemeinderat Andrea Guler)**
- **Zustand Alpstrasse nach Garfiun (Gemeinderat Hanspeter Ambühl)**
- **Aktivitäten Gemeinde im Bereich Ukraine (Gemeindepräsident Hansueli Roth)**

eingereichte Vorstösse:

Es wurden keine neuen Vorstösse eingereicht.

GEMEINDERAT KLOSTERS

SITZUNG VOM	PROTOKOLL NR.
15. März 2022	58/1

1. Anpassung Höchstgeschwindigkeit auf Gemeindegebiet Klosters aus Gründen des Lärmschutzes und der Sicherheit, Serneuserstrasse, Klosterserstrasse (Landstrasse), Monbielerstrasse und Gemeindestrassen, Klosters innerorts (u. a. durchgehende Reduktion Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h zwischen Klosters Dorf und Klosters Platz): Verfügungen Regierung Kanton Graubünden sowie Kantonspolizei Graubünden, weiteres Vorgehen

Zu diese Traktandum begrüsst Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio die Kantonsvertreter, Roger Stäubli, stv. Kantonsingenieur, Chef Strassenbau, Tiefbauamt (TBA) Graubünden, sowie Peter Landert, Abteilungsleiter Stellvertreter (Bereich Immissionsschutz): Lärmschutz, Erschütterungen, Mindestabstände Tierhaltung, Verkehrsmodellierung, Amt für Natur und Umwelt Graubünden, die zusammen mit Gemeindepräsident Hansueli Roth zur Thematik Lärmsanierungsprojekt (LSP) Klosters 2016 sowie den damit verbundenen Massnahmen (Anpassung Höchstgeschwindigkeiten auf dem Gebiet der Gemeinde Klosters) informieren und Rede und Antwort stehen.

Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio fasst zum Anlass der a. o. Gemeinderatssitzung eingangs die Ausgangslage bzw. den Bericht Nr. 3/2022 an den Gemeinderat zusammen und zitiert den Antrag des Vorstands an den Gemeinderat. Die kurzfristige Einberufung ist auf die 30-tägige Beschwerdefristen der beiden im Titel erwähnten Verfügungen des Kantons Graubünden zurückzuführen. Die ordentliche Sitzung vom 30. März 2022 wäre diesbezüglich zu kurz vor Ablauf der Beschwerde bzw. zu kurzfristig für einen Beschluss betr. eine allfällige Beschwerdeführung gewesen.

Eintretensdebatte

Das Wort wird im Rahmen der Eintretensdebatte nicht verlangt.

Beschluss über Eintreten

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig (mit 13 : 0 Stimmen) Eintreten.

Detailberatung

Zu Beginn der Detailberatung erteilt Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio Gemeindepräsident Hansueli Roth sowie den Gastreferenten des Kantons, Roger Stäubli, Kantonsingenieur-Stv., TBA GR, und Peter Landert, ANU GR, das Wort.

SITZUNG VOM | **PROTOKOLL NR.**

15. März 2022 | 58/2

Gemeindepräsident Hansueli Roth präsentiert in der Folge Ausgangslage, Werdegang und den aktuellen Stand (inkl. Verfügungen Regierung vom 1. März 2022 und Kantonspolizei Graubünden vom 3. März 2022) zum LSP Klosters 2016 und den damit verbundenen Massnahmen (Tempo 30). Betreffend Details verweist der Protokollführer auf die Powerpoint-Präsentation von Gemeindepräsident Hansueli Roth. H. Roth hält insbesondere Folgendes fest:

Gemeindepräsident Hansueli Roth weist auf besorgte **Eltern und Anwohner** hin, die sich über die **fehlende Sicherheit und** den **Lärm beklagt** und die Erwartung einer Temporeduktion geäussert haben. Andererseits konnte man **auch Stimmen von Gegnern** von **Geschwindigkeitsreduktionen** vernehmen, die sich in Bezug auf das Fahren von A nach B in der Gemeinde nicht zusätzlich einschränken lassen möchten.

H. Roth weist darauf hin, dass die Referenten des Kantons fachlich Stellung nehmen, jedoch nicht die vorliegenden Verfügungen verteidigen. Er bittet die Ratsmitglieder darum, dies zu berücksichtigen bzw. zu achten.

Geschäft 2019-3120

GEMEINDERAT KLOSTERS

SITZUNG VOM
15. März 2022

PROTOKOLL NR.
58/3

Gemeinde Klosters

2. Kurzer Rückblick

2017: **Lärmsanierungsprojekt (LSP) Klosters**

- Öffentliche Auflage
- LSP-Gegenstand: Tempo-Reduktion von 50 auf 30 km/h (bestes Aufwand-Nutzenverhältnis)

→ **13 Einsprachen gegen LSP**

- **GR-Auftrag an GV:**
  Erhebung Einsprache mittels Postulat mit div. Argumenten

Gemeinderatssitzung 11 15.03.2022 / Ratskanzlei / CR

Gemeinde Klosters

3. Regierungsbeschluss (RB)

RB Prot.-Nr. 170/2022 vom 01. März 2022

- Verfügung Reduktion Höchstgeschwindigkeiten
- Abweisung aller 13 LSP-Einsprachen

Gemeinderatssitzung 11 15.03.2022 / Ratskanzlei / CR

Gemeinde Klosters

3. Regierungsbeschluss (RB)

Ergänzungen zur Ablehnung der Einsprachen:

- Verhältnismässigkeit gegeben
- Messmethoden/Berechnungen bewährt
- Tempo-Reduktion gut wahrnehmbar
- Bauliche Massnahmen wie Lärmschutzwände nicht geeignet

Gemeinderatssitzung 11 15.03.2022 / Ratskanzlei / CR

Geschäft 2019-3120

SITZUNG VOM
15. März 2022

PROTOKOLL NR.
58/4

Gemeinde Klosters

3. Regierungsbeschluss (RB)

Ergänzungen zu Einsprachen:

- Lärmarme Strassenbeläge wegen Winterdienst in GR nicht geeignet
- Zeitverlust 1.5 bis 2.5 Minuten
- Schliessung Gotschnatunnel (kein Verkehrszusammenbruch)
- Tempo-Reduktion Dorf und Platz lösen Probleme mit Immissions-grenzwerten (IGW) nicht

Gemeinde Klosters

4. Verfügung KAPO

Einführung Tempo 30:

- Gemeindestrassen Klosters Dorf
- Gemeindestrassen Klosters Platz
- Monbielerstrasse von Einmündung Sunniweg bis Einmündung Töntschiweg (Anteil Kantonsstrasse)

An dieser Stelle informieren Roger Stäubli, Tiefbauamt (TBA) Graubünden, und Peter Landert, Amt für Natur und Umwelt (ANU) GR, zur Thematik aus Sicht der zuständigen kantonalen Amtsstellen (auch hier verweist der Protokollführer auf die entsprechenden Powerpoint-Präsentationen).

P. Landert führt insbesondere aus:

SITZUNG VOM
15. März 2022

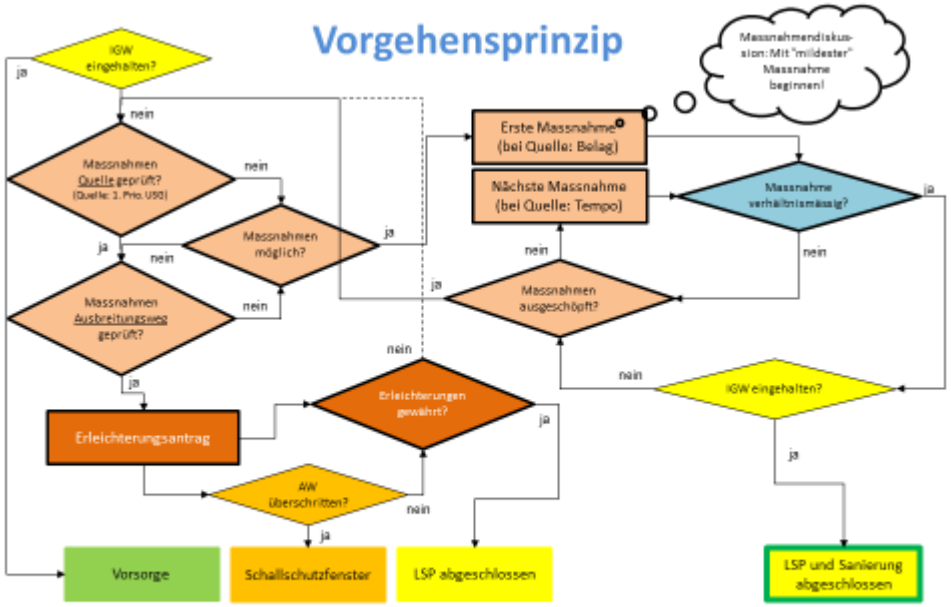
PROTOKOLL NR.
58/5

Grundsätze und Prinzipien Lärmschutz

Vorsorgeprinzip	Emissionen sind unabhängig Einhaltung GW mit Massnahmen zu begrenzen (1. Quelle)
Verursacherprinzip	Der Lärmverursacher trägt die Kosten für Lärmschutzmassnahmen (hier TBA)
Sanierungsprinzip	Bei Überschreitung Immissionsgrenzwert (IGW) ist Anlage zu sanierend (> LSP).
Verhältnismässig-keitsprinzip	Im Rahmen LSP Abwägen von Aufwand und Wirkung Lärmschutzmassnahmen.

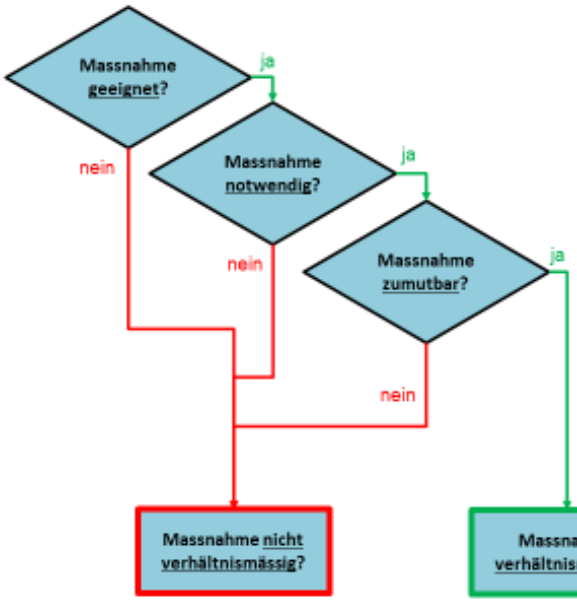
TBA & ANU GR 1

Vorgehensprinzip



TBA & ANU GR 2

Verhältnismässigkeitsprüfung



Eignung:
Bedingung: Die Massnahme reduziert den Pegel um mehr als 1 dB.

Notwendigkeit / Erforderlichkeit:
Bedingung 1: Lärmbelastung ist über IGW.
Bedingung 2: Die Massnahme ist die mildeste oder einzige Massnahme, um den Lärm zu reduzieren.

Zumutbarkeit:
Bedingung 1: Zweck und Wirkung der Massnahme steht in einem "vernünftigen" Verhältnis (Abschätzen des Kosten-Nutzen-Verhältnisses anhand Wirtschaftlichkeits- und Tragbarkeitsindex WTI: wirtschaftlich tragbar bei WTI > 1).
Bedingung 2: Die Rechte der Betroffenen dürfen nicht zu stark oder unzulässig beeinträchtigt werden (Güter- oder Interessenabwägung: Abwägen resp. Gewichten der Schutzziele und Rechte der Betroffenen).

TBA & ANU GR 3

Interessen und Schutzziele

Interessen und Schutzziele in SVG (Art. 108 Abs. 2 SSV) und USG (Art. 13 Abs. 3 LSV, Art. 14 Abs. 1 lit. b LSV) abschliessend aufgeführt ("geschlossene" Interessenabwägung).

Interesse	Schutzziel	Quelle	Anforderung / Massstab
Abbau / Verhindern von übermässigen Lärmbelastungen	Gesundheitsschutz	USG; LSV SVG; SSV	Lärm-Immissionsgrenzwerte als Massstab
Abbau / Verhindern von übermässigen Luftbelastungen	Gesundheitsschutz	USG; LRV SVG; SSV	Vorsorgliche Emissionsgrenzwerte sowie Immissionsgrenzwerte als Massstab
Abbau von Sicherheitsdefiziten	Verkehrssicherheit	SSV	Analyse der Sicherheitssituation als Massstab
Verbessern des Schutzes der Strassenbenützer	Verkehrssicherheit	SSV	Analyse der Sicherheitssituation als Massstab
Erhalt / Verbessern des Verkehrsablaufs (bei Strassen mit grosser Verkehrsbelastung)	Betriebssicherheit	SSV	Verstetigung / Verbesserung des Verkehrsflusses als Massstab; Zeitersparnis keine hinreichende Anforderung.
Gewährleisten der Landesverteidigung	Landesverteidigung	LSV	Wehrhaftigkeit und militärische Schlagkraft als Massstab
Erhalt des Ortsbildes	Ortsbildschutz	LSV	Inventar als Massstab
Erhalt der Natur	Naturschutz	LSV	Inventar als Massstab
Erhalt der Landschaft	Landschaftsschutz	LSV	Inventar als Massstab

SVG = Strassenverkehrsgesetz; USG = Umweltschutzgesetz; LSV = Lärmschutz-Verordnung; LRV = Luftreinhalte-Verordnung; SSV = Signalisationsverordnung

TBA & ANU GR 4

Güter- oder Interessenabwägung: Relevanzmatrix generell

Massnahmen		Realisierung generell möglich?	Verhältnismässigkeitsprüfung														
			Eignung		Notwendigkeit		Zumutbarkeit										
								Interessen									
			ΔL	Geeignet	Lr > IGW	Notwendig	Wirtschaftlichkeits- und Tragbarkeitsindex (WTI)	Lärmbelastung	Luftbelastung	Sicherheitsdefizite	Schutz der Strassenbenützer	Verkehrsablauf	Landerwerbeigang	Ortsbildschutz	Naturschutz	Lärmschutzschutz
Quelle	Tempo-Reduktion	Ja	1.0 dB	Ja	Ja	Ja	1	+	0	0 / +	0 / +	0 / +	0	0	0	0
	Lärmarmer Belag	Ja	1.0 dB	Ja	Ja	Ja	1	+	- / 0	0	0	0	0	0	- / 0	0
	Einschränkungen im Betrieb	Ja	1.0 dB	Ja	Ja	Ja	1	+	0 / +	0 / +	0 / +	-	- / 0	- / 0	0	0
Ausbreitungsweg	Lärmschutzwand	Ja	1.0 dB	Ja	Ja	Ja	1	+	0	- / 0	- / 0 / +	- / 0	- / 0	-	0	- / 0
Gebäude	Schallschutz-fenster	Ja		Ja	Ja	Ja		0	0	0	0	0	0	- / 0	0	0

-	Gegenläufige, sich widersprechende Interessen	- / 0	Abhängigkeiten nicht ganz klar; eher gegenläufige Interessen
0	Keine Abhängigkeiten	- / 0 / +	Abhängigkeiten völlig unklar; es braucht individuelle, Einzelfall bezogene Abklärungen
+	Gleichläufige, sich nicht widersprechende Interessen	0 / +	Abhängigkeiten nicht ganz klar; eher gleichgerichtete Interessen

TBA & ANU GR 6

Bundesgerichtsurteil Tempo 30 Basel

- Es müssen nicht alle Sanierungsalternativen im Detail projektiert werden. Varianten, die erhebliche Nachteile aufweisen oder offensichtlich unverhältnismässig sind, dürfen nach einer ersten summarischen Prüfung aus dem Auswahlverfahren ausgeschlossen werden.
- Versetzte Parkfelder, visuelle Umgestaltungen oder Geschwindigkeitsanzeiger ("Speedy") oder Radargeräte um der Gefahr einer Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit von T30 zu begegnen (Flankierende Massnahmen).
- Gesetzliche Voraussetzungen für eine Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit sind bereits dann erfüllt, wenn die Geschwindigkeitsbegrenzung eine (gewisse) Reduktion des Beurteilungspegels und damit der Umweltbelastung bewirkt.
- Es liegt im Ermessen der zuständigen Behörden, die angestrebten Ziele mit einem möglichst günstigen Mittel anzustreben und erst in einem zweiten Schritt weitergehende Vorkehrungen ins Auge zu fassen.

TBA & ANU GR 7

SITZUNG VOM 15. März 2022

PROTOKOLL NR. 58/8

Bundesgerichtsurteil Tempo 30 Zürich

- Legitimation ACS/TCS wurde offen gelassen!
- Behörde wird erheblicher Gestaltungsspielraum zugestanden.
- Temporeduktion ist bundesrechtskonform, wenn Voraussetzungen nach Art. 108 SSV eingehalten sind (z.B. Red. übermässiger Lärm).
- Gesamtzahl der Anordnungen oder deren Anteil am kommunalen oder überkommunalen Strassennetz spielt keine Rolle.
- Berechnung ist Messung ebenbürtig (Bestätigung von Art. 38 LSV). Es braucht keine Lärmmessung um Sanierungspflicht zu begründen.
- T30 ist die "mildeste" Massnahme.

➢ Temporeduktion ist aus Lärmschutzgründen valable Massnahme.
➢ Richtplanklassierung ist kein Hindernis für T30.
➢ Sobald keine Nachteile (z.B. Umwegverkehr) vorhanden, ist T30 umzusetzen.

TBA & ANU GR 8

Bundesgerichtsurteil Tempo 30 Zürich

- Gutachten darf von Fachleuten der Behörden erstellt werden, solange es den gesetzlichen Anforderungen genügt.
- Auswirkungen T30 auf Leistungsfähigkeit verkehrsorientierter Strassen ist nicht zu befürchten.
- Verkehrssicherheit verbessert sich durch T30.
- Pauschaler Abzug von 3 dB gegenüber T50 (Stl86+) wurde nicht beanstandet.
- V_{sign} als Ausgangsgeschwindigkeit und 30 km/h als Zielgeschwindigkeit indirekt bestätigt.
- Die akustische Wirkung darf von bestehenden Messungen oder adäquaten Berechnungsmodellen abgeleitet werden.
- Verkehrsorientiert vs. siedlungsorientiert: Nicht das effektive Erscheinungsbild der Strasse ist massgebend, sondern die planerisch festgelegte resp. gewollte Verkehrsfunktion der Strasse. (Basel 1C_11/2017: Richtplanerisch erwünschter Ausweichverkehr ist zulässig.)

TBA & ANU GR 9

Rechtsprechung: Zusammenfassung BAFU

Grundsätzlich können Temporeduktionen lärmrechtlich umgesetzt werden, wenn:

- die Temporeduktion wahrnehmbar zu Lärmreduktion führt (< 1 dB)
- keine mildere Massnahmen (Bsp. lärmarme Beläge) mindestens die gleiche Reduktion bewirken
- zwischen Zweck und Wirkung der Massnahme ein vernünftiges Verhältnis besteht

Sind diese drei Bedingungen erfüllt, ist davon auszugehen, dass die Beschwerde gegen eine Geschwindigkeitsreduktion abgelehnt wird.

TBA & ANU GR 10

VSS: Einsatzgrenzen/Umsetzung T30 auf HVS

- Jede Situation muss für sich betrachtet, beurteilt und geplant werden.
- Richtschnur und oberstes Prinzip bildet dabei die Verhältnismässigkeit, die stets fallbezogen beurteilt werden muss.
- Die vorgesehene T30-Anordung mit ihren Massnahmen gilt es fachlich nachvollziehbar zu überprüfen.
- Es sind die mildesten Massnahmen zur Zielerreichung zu wählen.
- Generelles Ausschliessen von T30 auf Hauptverkehrsstrasse (HVS) ist rechtlich nicht zulässig und fachlich nicht begründbar.

TBA & ANU GR 11

SITZUNG VOM 15. März 2022

PROTOKOLL NR. 58/10

Sanierung Strassenlärm T30: Stand CH

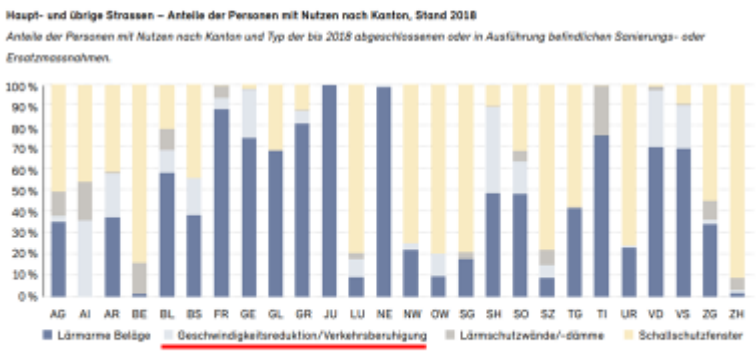
Trendsetter T30 Hauptverkehrsstrassen/Ortsdurchfahrten

- Zürich seit 2013 Ausweitung Tempo 30 auf Hauptverkehrsstr.
- Basel seit 2013 Ausweitung Tempo 30 auf Hauptverkehrsstr.
- Bern seit 2013 Ausweitung Tempo 30 auf Hauptverkehrsstr.
- Lausanne Tempo 30 nachts auf nahezu allen gr. Verkehrsachsen
- Köniz Zentrum Tempo 30-Zone, inkl. stark befahrene Hauptstr.
- Münsingen Tempo 30 in zwei Ortsteilen, einschl. Ortsdurchfahrt
- Disentis grossflächig Tempo 30, auch auf zwei Durchgangsstrassen

TBA & ANU GR 12

Sanierung Strassenlärm Tempo: Stand CH

- Bericht "Sanierung Strassenlärm", Bilanz und Perspektiven, Stand 2018 (BAFU)



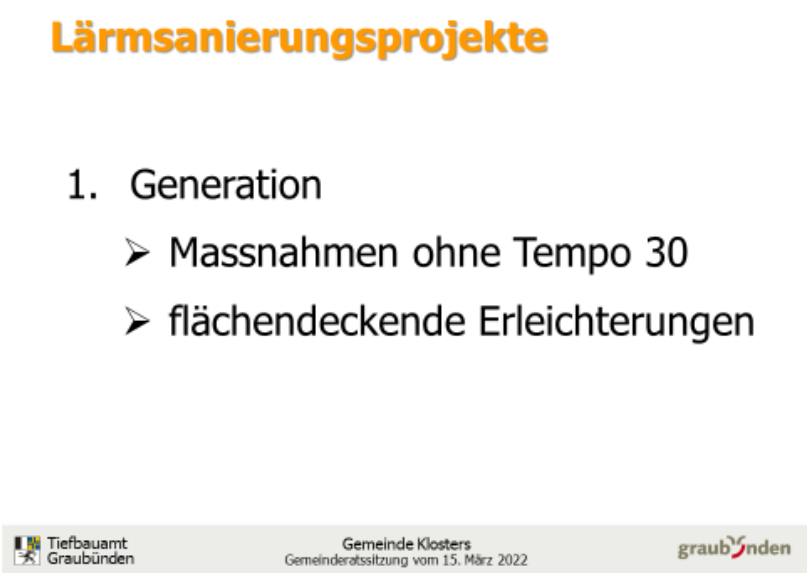
TBA & ANU GR 13

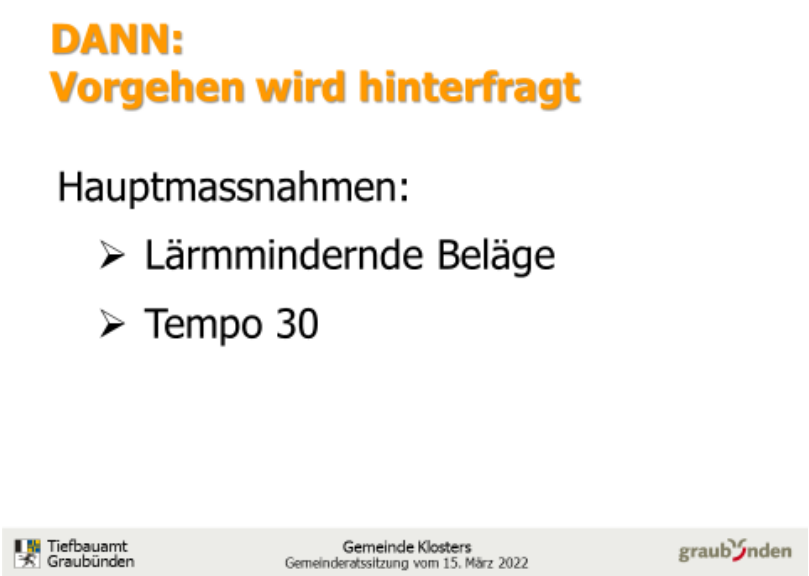
Roger Stäubli, TBA GR, präsentiert seinerseits Folgendes:

Eingangs hält R. Stäubli fest, dass im Rahmen der **Lärmsanierungsprojekte** (LSP) im **Kanton Graubünden** durch den Kanton jeweils die **Gemeinden angefragt** worden sind, ob die LSPs **auf** die **Gemeindestrassen**

ausgeweitet bzw. die auch für die Gemeinden verpflichtenden LSP pro Gemeinde gemeinsam durchgeführt **werden sollen.** Wie die Gemeinde **Klosters-Serneus** haben sich auch die meisten anderen angefragten Gemeinden **für** die **Zusammenarbeit** in Bezug auf die obligatorischen LSP **ausgesprochen.**

Im Weiteren geht R. Stäubli auf die Entwicklung bzw. die bis heute dagewesenen Generationen der LSP ein.





SITZUNG VOM

15. März 2022

PROTOKOLL NR.

58/12

Lärmmindernde Beläge

- höherer Hohlraumgehalt
- kürzere Lebensdauer
- höhere Kosten
- Einsatzort: ≤ 600 müM

Roger Stäubli hält fest, dass **mit lärmarmen Belägen** eine **Lärmreduktion von 1 dB** erzielt werden kann. Die Einführung von **Tempo 30** führt dagegen gar zu einer Lärmreduktion von bis zu **3 dB im Schnitt.** Die Deckbeläge generell und – auch mit höherem Hohlraumgehalt – sind spätestens nach 15 Jahren verschliessen. Die **lärmarmen Beläge** sind jedoch auf **Meereshöhen** von **über 600 Meter** gemäss allg. Untersuchungen **weniger geeignet.** Das **TBA** GR hat diese Empfehlungen / Angaben nicht einfach telquel übernommen, sondern hat **selbst Versuche** durchgeführt (siehe nächste Folie).

Lärmmindernde Beläge

Versuchsstrecken Kantonsstrassen

- H29 Umfahrung Pontresina
- H3 Landquart
- H13 Bonaduzerstutz
- H19 Lumneins
- H13 Emserstrasse, Chur

Immer zum Vergleich ein Abschnitt mit Standarddeckbelag AC 8 N

SITZUNG VOM 15. März 2022

PROTOKOLL NR. 58/13

Lärmmindernde Beläge
Monitoring: CPX-Messungen -> Erkenntnisse

- Anfangswerte sehr gut
- schnelle Abnahme des mindernden Effektes
- nach ca. 4 Jahren: Minderungseffekt tiefer als Standard
- "Langzeit"-Wirkung abhängig von gefahrener Durchschnitts-geschwindigkeit

Tiefbauamt Graubünden | Gemeinde Klosters Gemeinderatssitzung vom 15. März 2022 | graubünden

Aufgrund dieser gewonnenen Erkenntnisse hat sich der **Kanton** dafür ausgesprochen, auf den **Einbau von lärmarmen Belägen zu verzichten** (mittelfristige schlechte Wirkung, teurer). Mittel- bis längerfristig bringt der **Bündner Standardbelag** (AC 8 N) die **besten Effekte.** AC 8 N ist lärmschutzmässig der auf die gesamte Lebensdauer gesehen beste Belag.

Tempo 30 auf Kantonsstrassen

➢ Heute in Kraft auf	34.5 km	40 Gemeinden
➢ aktuelle, konkrete Projekte	12.0 km	3 Gemeinden
➢ Entwürfe von LSP	15.0 km	10 Gemeinden
➢ zukünftige Projekte	?? km	

Tiefbauamt Graubünden | Gemeinde Klosters Gemeinderatssitzung vom 15. März 2022 | graubünden

In Bezug auf die künftigen Projekte kommen gemäss R. Stäubli noch zahlreiche Kilometer dazu, so z. B. die Stadt Chur, wo eine Aufarbeitung des LSP erforderlich sein wird.

Wieso eigentlich **Tempo 30?** Tempo 30 ist gemäss Untersuchungen die **Grenzgeschwindigkeit,** bei der lärmmässig der **Wechsel von** den **Motoren- zu** den **Rollgeräuschen** erfolgt. Bei Tempo 40 wäre nebst dem Rollgeräusch auch noch das Motorengeräusch zusätzlich lärmverursachend.

Gemeindepräsident Hansueli Roth bedankt sich bei den Referenten für die interessanten Ausführungen.

Diskussion/Fragen:

- **Gemeinderat Luzi Brosi** erkundigt sich nach der **Notwendigkeit** und der **Zumutbarkeit von Tempo 30.** Hört man beispielsweise bei den zu schützenden Gebäuden die vorbeifahrenden Autos mit 30 nicht mehr? Und wie wird der Immissionsgrenzwert eingeführt? Peter Landert, ANU GR, erklärt, dass die **Immissionsgrenzwerte** (IGW) **aufgrund** von **soziopsychologischen Befragungen festgelegt** werden. Die Leute wurden gefragt, ob sie der Lärm stört. Wenn sich **mehr als 85 % gestört fühlen**, handelt es sich um den **Grenzwert.** Bei Tempo 30 ist es nicht so, dass man die Autos nicht mehr hört, die Personen sollten sich bei diesem Wert jedoch nicht mehr gestört fühlen. **Notwendig** ist **Tempo 30, weil** der **IGW überschritten** ist (in eidg. Lärmschutzverordnung festgelegt). L. Brosi fragt sich, ob die betroffenen Anwohner wirklich den angegebenen Nutzen haben. P. Landert erklärt, dass es **Gebäude gibt,** bei denen **trotz lärmarmen Belag und Temporeduktion** der **IGW überschritten** ist. Wenn das öffentliche Interesse sehr gross ist, können in einem solchen Fall Erleichterungen beantragt werden. Bei Strassen ist diese Erleichterung möglich (z. B. auch Schiesslärm), bei privaten Emittenten ist dies jedoch nicht möglich. Spielt die Anzahl Gebäude oder Anwohner eine Rolle, welche Massnahmen getroffen werden (L. Brosi)? Wenn eine **Überschreitung auch nur an einem Ort** vorliegt, **muss** gemäss P. Landert der **Strasseneigentümer Massnahmen treffen.** In **Klosters** liegen **über** eine **längere Strecke Grenzwertüberschreitungen** vor. **Gemeindepräsident Hansueli Roth** hält fest, dass im betroffenen Gemeindegebiet nicht einzelne sind, sondern **viele Punkte Grenzwertüberschreitungen** aufweisen. Deshalb ist der **Gemeindevorstand Klosters** auch **mit** dem **Vorschlag gescheitert, zwischen Klosters Dorf und Platz auf Tempo 30 zu verzichten** (Kompromiss). H. Roth nimmt auch Bezug auf die Lärmschutzwände in Pagrüeg. Dort hören die Anwohner wohl den Lärm noch, aber er stört nicht mehr. Mit der Massnahme ist die Situation viel besser und erträglicher. **Peter Landert** hält weiter fest, dass **Tempo 30 zu** einer **Verstetigung des Verkehrs führt,** was auch ein Verbesserung hinsichtlich der Lärmimmissionen bringt.
  L. Brosi fragt weiter an, ob beim **AC 8 N auch nach** einer **gewissen Zeitdauer** eine **Lärmreduktion von 1 dB** bleibt. Roger Stäubli erklärt, dass der AC 8 N **länger** eine **gute Wirkung** erzielt. Aufgrund der Struk-

tur des Belags AC 8 N und gemäss des durchgeführten Monitorings verhalten sich diese **Beläge lärmmässig sehr stabil.** Vor Erreichen des Endes der Lebensdauer verschlechtern diese sich lärmtechnisch nicht.

- **Gemeinderätin Elizabeth (Liz) Rüedi** bestätigt, dass der Verkehr bei ihr zu Hause (Lärmschutzwand) nicht mehr stört. Im Weiteren hält sie fest, dass gemäss ihrem Verständnis die **zitierten Immissionsgrenzwerte keine wissenschaftlich erhärteten Werte** sind, sondern **subjektive Wahrnehmungen.** Es wurden, wie L. Rüedi weiter festhält, keine Studien mit dem menschlichen Ohr durchgeführt und was tatsächlich schadet. Grundsätzlich kann also nach Auffassung von L. Rüedi an einem guten Tag diese Antwort und an einem schlechten Tag eine andere Antwort herauskommen. **Peter Landert, ANU GR,** erklärt, dass die **Subjektivität in der** entsprechenden **Summe** (85 %) zu einem **objektiven Wert** wird. Der Bund hat auch die Auswirkungen auf die Gesundheit untersucht. Der **Lärm** ist dabei **gesundheitsschädigender als man meinen könnte** (z. B. höherer Blutdruck). Die **kritisierten Lärmgrenzwerte** sind also **durchaus wissenschaftlich untermalt.** Der Bundesrat muss den **Lärmschutz** so festlegen, dass er auch **bezahlbar** ist.
  L. Rüedi hält fest, dass **Tempo 30** eingeführt werden soll, um **Lärm** zu **reduzieren.** Es gibt **verschiedene Lösungen.** Die **günstigste** ist, den **Verkehr** zu **verlangsamen.** Dadurch spart der Kanton viele Millionen und was bekommen die Klosterser im Gegenzug? **12 km Tempo in 3 Gemeinden**, davon eine Klosters, stehen **in keinem Verhältnis zu 34,5 km in 40 Gemeinden.** Ist diese Massnahmen für unsere Gemeinde verantwortbar und tragbar? In **Graubünden** werden **grossmehrheitlich lärmvermindernde Beläge** eingebaut, die gemäss Kenntnis von L. Rüedi alle Kriterien erfüllen. **Peter Landert** erklärt, dass die **Gemeinde viel Lärmentlastung** erhält, finanzielle Entschädigungen sind nicht vorgesehen. P. Landert erklärt, dass **an der Quelle saniert werden muss** (Belag, Fahrzeuge oder Temporeduktionen). **Lärmschutzwände** sind in den massgebenden Bereichen **nicht möglich. L. Rüedi** fragt nach, ob die Gemeinde über die Massnahmen eine **Volksabstimmung** durchführen kann. **Roger Stäubli,** Kantonsingenieur-Stv., TBA GR, erklärt, dass die **Gemeinde nicht selber wählen kann.** Die **Kantonsstrasse** liegt in der **Kompetenz** des **Kantons**. Was hat die Gemeinde erhalten? **Klosters** hat eine **Umfahrung für CHF 360 Mio.** erhalten. Wenn diese nicht wäre, gänge sämtlicher Verkehr Richtung Davos und Engadin durch Klosters. Der Kanton ist bei Kantonsstrasse in der Pflicht.
- **Gemeinderat Hanspeter Ambühl** hält fest, dass ohne Umfahrung gar nicht über Tempo 30 diskutiert würde. Die Ausführungen zeigen auf, dass der **Kanton das Sagen** hat und die Anliegen der **Gemeinden nicht aufgenommen werden.** Es sind **zwei Aspekte zu berücksichtigen,** zum einen die **Lärmsanierung,** aber auch der **Sicherheitsaspekt.** Schutzmassnahmen vor dem Schulhaus haben den Kanton bis dato nicht interessiert. Für ihn kommt die gesamte Situation komisch daher. Weiter weist er darauf hin, dass auf einer Murastrasse nicht mit 50 km/h gefahren werden kann. Auch die Doggilochstrasse wird langsamer befahren. Er stellt sich auf den Standpunkt, dass der **Gemeinde nicht einfach** ein **Konzept vor die Nase gesetzt werden kann. Gemeindepräsident**

Hansueli Roth erklärt, dass sehr wohl ein **abgestütztes Konzept vorliegt.** Die **Gemeindestrassen** sind **auf** die **Kantonsstrassen abgestimmt.** Es ist in der **Gemeinde Klosters künftig weitestgehend Tempo 30** vorgesehen. Es liegen überall Konzepte vor. H. Roth weist auf **Anliegen und Appelle** aus der Bevölkerung hin, dass man doch endlich etwas betr. **Temporeduktion** unternehmen solle. Es gibt eine Sicherheitskomponente, aber in Gottes Namen auch eine Lärmschutzkomponente, wo **Anwohner gegen Lärm geschützt werden sollen.** Es gilt, **drei Beurteilungspunkte** zu berücksichtigen**: Sicherheit, Lärm** und **raschestmögliches Vorankommen** von A nach B. Ihm ist es ein Anliegen, etwas für Lärmschutz und Sicherheit zu unternehmen. Es muss eine **Gesamtschau** vorgenommen und definiert werden, was kann verantwortet werden. Die Argumente, wonach Lärmschutzmessungen und -berechnungen nicht zuverlässig seien, können u. a. damit widerlegt werden, dass die Grundlagen u. a. bei den Tempomessungen (Blitzer) erhoben werden. Es ist zugegebenermassen eine riesen **Herausforderung,** heute **richtig zu entscheiden.**

- **Gemeinderat Samuel Helbling** hält fest, dass **vor** der **Umfahrung** eine **viel höhere Lärmbelästigung** bestand. Der Grundeigentümer wusste ja schon beim Bau, dass er eine gewisse Lärmbelästigung hat. Der **Grenzwert gilt gemäss Peter Landert,** ANU GR, **auch bei unbebauten Parzellen.** Wenn jemand an einer Strassen bauen will, muss er nachweisen, dass er den IGW einhalten kann. Mit **Tempo 30** kann **näher an** die **Strasse gebaut** werden, weil der **IGW** dann **eher eingehalten** ist. Wenn das Gebäude bereits vor 1.1.1985 errichtet wurde, gab es die Lärmschutzgesetzgebung (LSG) noch nicht und der Grundeigentümer musste nichts unternehmen. Später musste er je nachdem etwas bewerkstelligen. Im Weiteren führt auch **zusätzlicher Verkehr** zu **mehr Lärm. Ohne Umfahrung** hätten **Alarmwerte** geherrscht, wie P. Landert schätzt.
- **Gemeinderat Marcel Jecklin** erkundigt sich nach **Fussgängerstreifen**. In der **30er-Zone** seien solche **nicht mehr möglich,** z. B. im Bereich Schulanlage Klosters Platz. **Wie** muss dann **beim Schulhaus vorgegangen** werden? **Roger Stäubli,** Kantonsingenieur-Stv., TBA GR, bestätigt, dass **im Grundsatz in Tempo 30-Zonen keine Fussgängerstreifen** mehr markiert werden. Es kann **aber Ausnahmen** geben. Bei **starkfrequentierten Stellen mit hohen Fussgängerströmen** können Streifen dennoch angelegt werden, dies in Absprache mit der Kantonspolizei. **M. Jecklin** dankt für die Ausführung, die er als sehr wichtig beurteilt. Er **stuft** die **Sicherheit höher ein als** den **Lärmschutz.** M. Jecklin erkundigt sich, wie sich die **Chancen einer Anfechtung von Tempo 30 i. Z. mit LSP** präsentieren würden. Hat der Vorstand diesbezüglich Abklärungen getroffen? **Gemeindepräsident Hansueli Roth** bestätigt die entsprechenden **Abklärungen** bei einem in der Thematik Tempo 30 bewanderten **Jurist**. Es wurde eine rudimentäre Einschätzung eingeholt. Der entsprechende Bescheid lautet dahingehend, dass eine **Beschwerde gegen** den **Regierungsbeschluss** betr. Lärmsanierung mittels Tempo 30-Massnahmen **sehr geringe Chancen auf Erfolg** aufweisen würde. Der beigezogene Rechtsanwalt rät deshalb von einer entsprechenden Beschwerde ab, was natürlich eine solche nicht ausschliesst. H. Roth

ergänzt weiter, dass der entsprechende Jurist festgehalten hat, dass **bezweifelt** werden muss, dass eine entsprechende **Beschwerde** eine **aufschiebende Wirkung** hätte (Betonung: Auskunft nicht vom Jurist des Kantons).

- **Gemeinderat Marco Hobi** sieht ebenfalls die **Sicherheit im Vordergrund.** Jetzt geht es nur noch um die Lärmsanierung. Alle Einsprachen wurden abgewiesen. M. Hobi übt sich bereits im **Tempo 30-Fahren. Zwischen katholischer Kirche und Klosters Dorf** erachtet er es als **schwierig,** dies auf einer so **breiten Strasse. Aus Sicht** eines **Feuerwehrmanns** erachtete er es **ebenfalls** als problematisch, in einem Ernstfall mit Tempo 30 vom Wohnort zum Feuerwehrlokal zu fahren. Ihm und den Feuerwehrleuten wurde immer eingetrichtert, dass **jede Minute zählt.** Auf dem **Abschnitt Platz / Dorf** wird nach Auffassung von M. Hobi **auch nach Einführung** von **Tempo 30 zu schnell gefahren.** Was würde das bedeuten, würden **weitere Massnahmen** vorgesehen, würden Hindernisse eingebaut? Im Weiteren fragt er an, ob es **in einer Gemeinde** eine Strecke mit **Tempo 30 über 3 km gibt?** Gemäss seinen Berechnungen sind die Strecken durchschnittlich 800 m lang und in Klosters 2.9 km. **Gemeindepräsident Hansueli Roth** erklärt, dass eine **Tempo 30-Zone grundsätzlich gestaltet wird** (Bsp. Flims). Der **Gemeindevorstand** hat sich jedoch **ausbedungen, mindestens ein Jahr ohne bauliche Massnahmen** zu funktionieren und erst anschliessend die Situation zu überprüfen. Die **2.9 km beinhalten** gemäss H. Roth auch **unbestrittenere Abschnitte.** Er sieht deshalb durchaus die Option, bauliche Massnahmen vorzusehen. **Für** die **Schneeräumung** sind diese **Massnahmen nicht geeignet. Peter Landert,** ANU GR, ergänzt, dass die Ortsdurchfahrten nicht immer gleich lang sind. Wenn die **Grenzwerte über 3 km überschritten** sind, **muss** die **gesamte 3-km-Strecke saniert werden.** Gemeindepräsident H. Roth verweist auf die Gemeinde Davos, die gar mit zwei Hauptachsen gefordert ist. Es wird auch für Chur eine riesen Herausforderung werden. Irgendwann müssen auch diese Strassen saniert werden. H. Roth bestätigt, dass sich seine Begeisterung, mit 30 km/h auf dem entsprechenden Abschnitt zu fahren, auch in Grenzen hält.
  Gemeinderat Marco Hobi erkundigt sich, ob nicht doch eine **Möglichkeit** besteht, etwas herauszuholen, sprich **zwischen Klosters Dorf und Klosters Platz keine Tempo 30-Beschränkung vorzusehen. Roger Stäubli, TBA GR,** erklärt, dass der **Unterbruch** von Tempo 30 auf dem entsprechenden Abschnitt in Absprache mit der Gemeinde mit der Kantonspolizei angeschaut worden ist. Das **Anliegen** wurde letztlich **im Rahmen** der **vorliegenden Verfügung abschlägig beantwortet.** Auch die grundsätzlich erforderlichen Massnahmen wurden mit der Kapo GR erörtert. Es wären **Einengungen** vorgesehen gewesen. Der **Vorstand** hat sich einstweilen **dagegen** entschieden. Für den Kanton ist dies im Moment in Ordnung. **Nach 12 Monaten** müssen die Akzeptanz von Tempo 30 und die Lärmeffekte überprüft werden. Wenn hier **keine positiven Rückmeldungen** vorliegen würden, müssten **einengende Massnahmen vertieft geprüft** werden. H. Roth ergänzt, dass diese Überprüfung zur Zeit in der Gemeinde Flims erfolgt.

- **Gemeinderat Hans Ueli Wehrli** spricht ebenfalls die Verengungsmassnahmen an. Pflästerung wäre beispielweise nicht lärmvermindernd. Er weist weiter darauf hin, dass **in Saas über Tempo 30 abgestimmt** wurde. Die **Gemeinde** hat sich **für** einen **grösseren Tempo 30-Bereich** ausgesprochen, der **Kanton** hat aber nur eine **kürzere Strecke gebilligt,** was seiner Ansicht nach im Nachhinein so auch gut ist. **Zwischen Klosters Dorf und Platz** erachtet er **Tempo 30** als **ungeeignet.** Wieso wird im Weiteren nicht eine **nächtliche Reduktion** auf Tempo 30 geprüft? **Roger Stäubli,** TBA GR, erklärt, dass **Tempo 30 in Saas aufgrund** des Kriteriums **Sicherheit** und als **flankierende Massnahme** zur **Umfahrung** umgesetzt wurde. In Saas kam die Initiative von der Gemeinde. Die heutige Situation präsentiert sich anders. **Lärmschutz** ist **nicht verhandelbar** und kann deshalb auch **keiner Abstimmung zugeführt werden.** In Saas hat man geprüft, wo das Sicherheitsmanko am grössten war, weshalb der beantragte Perimeter reduziert wurde. Die Ausgangslage Saas war aber also eine ganz andere als heute. **Peter Landert,** ANU GR, weiss, dass **in Lausanne Tempo 30 in der Nacht eingeführt** wurde, er **kennt** den genauen **Grund jedoch nicht.** Ab einer gewissen Verkehrsmenge ist die Nacht massgebend und nicht der Tag. Bei einer **Beschränkung auf** die **Nacht** entstände die Situation, dass die **Grenzwerte nur in der Nacht eingehalten** sind, am Tag ist der Lärm dennoch störend.
- **Gemeinderätin Selina Solèr** erkennt, dass der **Lärmschutz** auf einem **übergeordneten Gesetz** basiert. Und Gesetze sind einzuhalten, auch durch die Behörden. Sie **stellt** deshalb **auch aus finanzieller Sicht in Frage,** den **Weg** der **Beschwerde zu beschreiten.** Sie hat zudem Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die Tempo 30 aus Gründen der Sicherheit und des Lärmschutzes sehr begrüssen.
- **Gemeinderat Andrea Guler** hatte sich auf den Standpunkt gestellt, dass der **Lärm** eine **Wohlstandserscheinung** ist. Dies revidiert er insofern, als dass der **Lärmschutz** bereits **seit 1985 gilt.** Er sieht aber auch **Gründe für Tempo 30.** Tempo 30 bringt Vorteile, insbesondere im Bereich **Sicherheit.** Das Verständnis für die Sicherheitsproblematik ist in der Bevölkerung stärker ausgeprägt. **Im Lichte** der **Sicherheit stellt er** deshalb eine **Beschwerde in Frage.** Ist es korrekt, dass die gesamte **Murastrasse mit Tempo 30** vorgesehen wird? **Gemeindepräsident Hansueli Roth bestätigt** dies. Die Zuständigkeiten liegen unterschiedlich. Und auf Nachfrage von A. Guler wird bestätigt, dass im Doggliloch bis Brachweg und auf der Monbielerstrasse bis Töntschiweg Tempo 30 vorgesehen ist.
  Weiter erkundigt sich **Gemeinderat Andrea Guler** nach der **Akzeptanz** von **Tempo 30 an anderen Orten. Gemeindepräsident Hansueli Roth** erklärt, dass **in Flims** die **grosse Mehrheit** heute **nicht mehr zurück von Tempo 30 wollte,** auch in Flims gab es ursprünglich gegenüber Tempo 30 sehr kritische Personen. H. Roth räumt ein, dass es sich nicht rein um eine tolle Angelegenheit handelt. Es bildet wie gesagt ein **Abwägungsfrage** zwischen den erwähnten drei Aspekten. Es gibt auch Argumente, die für eine Temporeduktion, insbesondere auch aus Sicherheitsaspekten, sprechen.

- **Gemeinderat Luzi Brosi unterstützt Tempo 30 aus Sicherheitsgründen** im **Schulhausbereich.** Im Übrigen beurteilt er es als **heikel, keine Fussgängerstreifen** vorzusehen, wenn die Gefahr besteht, dass trotzdem teilweise 50 gefahren wird. **Gemeindepräsident Hansueli Roth** führt zur Sicherheit beim Schulhaus aus, dass die **Kantonspolizei lange nicht Hand geboten** hat. Die Situation wurde **durch** die Beratungsstelle für Unfallverhütung **(BFU) geprüft.** Es gibt keine Lichtsignalanlage, aber der **Fussgängerstreifen beim Schulhaus** wird **zentraler** situiert und dieser wird auch **bleiben.** Hier kann die Gemeinde auch mitreden. L. Brosi hält nochmals fest, dass bei Tempo 30 die Kinder überall über die Strasse laufen. Die **Tempo 30-Zonen** hat gemäss Informationen von H. Roth dazu geführt, dass **Fussgängerunfälle deutlich abgenommen** haben. Es ist auch an der Gemeinde, an sinnvollen Orten nichtsdestotrotz Fussgängerstreifen vorzusehen. Über flankierende Massnahmen betr. Verengung soll einstweilen keine Diskussion geführt werden. Er appelliert auch daran, **nicht nur an** den **Autofahrer, sondern** auch an die **anderen Verkehrsteilnehmenden** zu **denken.** Es sollen nach einem Jahr Lehren aus Tempo 30 gezogen und darauf basierend allfällige weitere Massnahmen geprüft werden. **L. Brosi kann** die **Diskussionen um den Bereich Schulhaus nicht verstehen,** wenn man doch die Sicherheit erhöhen will. **H. Roth** hält dem entgegen, dass auch die **Erfahrungen** von **Fachstellen und von ausserhalb der Gemeinde geachtet werden müssen.** Gewisse Fakten (z. B. Unmöglichkeit Lichtsignal-Anlage) müssen aus Laiensicht nun einmal so entgegen genommen werden. H. Roth erklärt, dass ein **einziger Hausbesitzer** in einer **50er-Zone reicht, um** eine **Beschwerde mangels Lärmschutz zu machen.** Der Hausbesitzer hat letztlich auch Rechte, die es zu berücksichtigen gilt. **L. Brosi bezweifelt,** dass **Tempo 30** wirklich diese Erleichterung und einen **massgebenden Effekt** bringen wird. **Peter Landert** erklärt, dass **Tempo 30 2 – 3 dB Lärmreduktion** bringt, was der Halbierung der Verkehrsmenge entspricht. Aber auch die verbleibende Verkehrsmenge ist noch lärmrelevant. Er verweist auf die Gemeinde Köniz BE, wo Unfälle deutlich und der Verkehr gar um 10 % abgenommen haben.
- **Gemeinderätin Liz Rüedi** stimmt zu, dass **Tempo 30** die **Sicherheit grundsätzlich erhöht, überall** wird die Verkehrssicherheit in den 30er Zonen **jedoch nicht** verbessert. In den Tempo 30-Zonen wird es nicht nur keine Fussgängerstreifen mehr haben. Es ist gemäss L. Rüedi bewiesen, dass mit Tempo 30 **unter gewissen Umständen** sogar das Gegenteil, sprich eine **geringere Verkehrssicherheit**, der Fall ist, insbesondere auf längeren geraden Strecken wegen der Ablenkung der Lenker. Die daraus folgende **Konsequenz** der vorgesehenen Tempo 30-Zonen wird dann wiederum sein, dass **grossflächige verkehrsberuhigende Massnahmen** eingeführt werden müssen, welche wiederum das Kreuzen der Ortsbusse erschweren werden und so weiter. **Gemäss** Rückmeldungen von **Chauffeuren** des **Ortsbus Klosters** sprechen die folgenden Gründe gegen Tempo 30: Die **Fahrplan-Stabilität** ist **nicht mehr gewährleistet** und die Zugsanschlüsse können damit nicht mehr eingehalten werden. Der Kanton nimmt nach Auffassung von L. Rüedi diesen Aspekt nicht ernst, ebenso wenig wie die Auswirkungen für Touristen, die den ÖV nutzen, und Einheimische, die für den Arbeitsweg auf den ÖV angewiesen sind.

- **Gemeinderat Johannes Kasper** bestätigt die Schwierigkeit, sich für die Verkehrssicherheit und Lärmschutz einzusetzen. Er sieht aber auch die Argumente gegen Tempo 30. Heisst **Tempo 30,** dass **bei sämtlichen Strassen Rechtsvortritt** gilt? **Roger Stäubli,** TBA GR, **bestätigt dies im Grundsatz** (Rechtsvortritt), **was eine** höhere Aufmerksamkeit bedingt und die Verkehrssicherheit erhöht.
- **Gemeinderat Hanspeter Ambühl** fragt an, ob eine **Beschwerde** gegen den **Regierungsbeschluss** betr. Lärmsanierung **keine aufschiebende Wirkung** hat, bei der Beschwerde **gegen** die **Kapo-Verfügung jedoch schon.** Ist dies richtig? Er zitiert die entsprechenden Dokumente. Hp. Ambühl hält fest, dass es **nicht korrekt** ist, dass **Tempo 30 keine Auswirkungen auf** das **Gewerbe** hat. Es sind zahlreiche Bewegungen notwendig, auf die nicht verzichtet werden kann. **Gemeindepräsident Hansueli Roth** bestätigt, dass ein ganzer Tag Betonführen grössere Auswirkungen hat, in anderen Fällen sind diese jedoch kleiner. **Ob** die **Temporeduktion** auf der gesamten **Strecke zwischen Dorf und Platz für** das **Gewerbe** eine **grosse Wirkung** hat, ist **schwierig zu beurteilen.** In anderen Orten muss auch Tempo 30 gefahren werden. **Roger Stäubli, TBA GR,** erklärt, dass das **Gericht über** die **aufschiebende Wirkung entscheidet.** Es kann auch hinsichtlich der regierungsrätlichen Verfügung aufschiebende Wirkung beantragt werden. Entscheiden tut darüber das Verwaltungsgericht. Dieser Aspekt hängt auch mit den Chancen einer Beschwerde zusammen.
- **Gemeinderat Samuel Helbling** erkundigt sich, ob noch **weitere Massnahmen** ergriffen werden können? Wo liegen die Grenzen (Fahrverbot, Einschränkung auf den Langsamverkehr)? Gemäss **Peter Landert,** ANU GR, sind die **nächsten Massnahmen Lärmschutzwände.** Wenn **Ein- und Ausfahrten** vorhanden sind, ist dies **gar nicht möglich,** weil die Lärmschutzwände minimale Grössen aufweisen müssen (auch unter dem Aspekt der Sichtweiten). P. Landert erklärt, dass **keine weiteren Massnahmen mehr** bestehen. Für die über dem IGW verbleibenden Liegenschaften werden dann Erleichterungen gewährt werden.
  Gemeinderat Johannes Kasper erklärt, dass **vom Gesetz grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung** vorgesehen ist. **Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio** weist darauf hin, dass die **Instanzen** bei den beiden Verfügungen **nicht identisch** sind (Regierungsbeschluss => Verwaltungsgericht, Verfügung Kantonspolizei => Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit).
- **Gemeinderat Hans-Peter Garbald jun.** bestätigt, dass **bei gewissen Abschnitten Tempo 30 unbestritten** ist. Er hat aber **kein Verständnis für eine durchgehende Tempo 30-Strecke** zwischen Klosters Dorf und Platz. Diese Stimmen müssen auch gehört werden. Wenn einmal Tempo 30 besteht, bleibt Tempo 30 auch. Aus diesen Gründen spricht er sich **für** die Einreichung der **Beschwerde ans Verwaltungsgericht** aus.
- **Gemeinderat Marco Hobi** fragt an, ob – **wenn** eine **Beschwerde** eingereicht werden sollte –an den **unbestrittenen Orten Tempo 30 ebenfalls** über eine längere Zeit **aufgeschoben** wird. Die Salami-Taktik führt gemäss **Gemeindepräsident Hansueli Roth** nicht zum Ziel, **entweder** wird der **gesamte Perimeter akzeptiert oder** man führt gegen

den **gesamten Perimeter Beschwerde.**
Gemeinderat Johannes Kasper bestätigt, dass eine **Stückelung schwierig** wird. **Aus verkehrspsychologischer Sicht** ist eine Stückelung **sehr heikel.** Ein ihm bekannter Fahrlehrer unterstützt eine Stückelung nicht. **Gemeindepräsident Hansueli Roth** bestätigt, dass **immer wieder unterbrochene Tempo 30-Strecken zusätzliche Probleme** für den Autofahrer bringen. Gemeinderat Luzi Brosi stellt dies ein Stück weit in Frage. Die Sicherheit der Kinder steht doch im Vordergrund. Gemeindepräsident H. Roth entgegnet dem, dass dann ja auch etwas unternommen werden muss. H. Roth kann alle geäusserten Argumente verstehen und nachvollziehen. Letztlich ist auch der Vorstand mit all diesen Vorschlägen gescheitert. Er vertraut darauf, dass die vorliegenden Verfügungen auf rechtlichen Grundlagen basieren. L. Brosi stört sich insbesondere an den Machtspielen.

- **Gemeinderat Samuel Helbling** erklärt, dass man die Sicherheit als unbestritten erachtet und deshalb auch **keine aufschiebende Wirkung** will, jedoch **gegen** den **bestrittenen Teil zwischen Klosters Dorf und Platz Beschwerde führen** soll.
- **Gemeinderat Marco Hobi** hält fest, dass bei Einführung von Tempo 30 einschränkende Massnahmen für den Schwerverkehr schlichtweg keinen Sinn machen.
- **Gemeinderat Hans-Peter Garbald jun.** fragt an, ob der von Gemeinderat S. Helbling vorgeschlagene ein gangbarer Weg wäre. Gemeindepräsident Hansueli Roth kann dies nicht abschliessend beurteilen.

An dieser Stelle übernimmt wieder Gemeindepräsident H. Roth für die abschliessenden Ausführungen:

GEMEINDERAT KLOSTERS

SITZUNG VOM 15. März 2022

PROTOKOLL NR. 58/22

Gemeinde Klosters

8. Weiteres Vorgehen

Folgende Aspekte müssen gegenübergestellt werden:

- **Sicherheit**
- **Lärmbelästigung**
- **Höhere Höchst-geschwindigkeit**

Gemeinde Klosters

8. Weiteres Vorgehen

Stärken

Was machen wir richtig mit einer Temporeduktion?
- Schutz «schwache» Verkehrsteilnehmer (Kinder/Senioren/Behinderten/Velo/Fussgänger)
- Steigerung Verkehrssicherheit allg.
- Reduktion Lärmbelästigung

Was begünstigt diese positiven Elemente?
- Wenn wir Veränderungen zulassen

Worauf wird ein Teil der Bevölkerung stolz sein?
- Man redet nicht nur, sondern es wird gehandelt!

Schwächen

Wobei sind wir schwach?
- Altgewohntes aufzugeben ist nicht immer einfach

Was fällt uns schwer?
- Sich mit dem Auto noch weiter einschränken lassen
- Ein Teil der Automobilisten ärgern sich

Wieviel Zeit verlieren wir täglich?
- 1-2 oder mehr Minuten. Ist das viel für mehr Sicherheit und weniger Lärm?

Gefahren
- Fehlende Akzeptanz/Nichteinhaltung
- Ein Teil der Strassenbenützer unglücklich (wegen Einschränkung)
- Zeitlicher Mehraufwand für Berufsverkehr
- Busfahrplan / Anschlüsse RhB

Chancen

Wo bieten sich Möglichkeiten?
- Schaffung von attraktiven 30-Zonen (Bsp. Flims) auch für Langsamverkehr

Zukunftschancen?
- Image-Steigerung durch schöner gestaltete Strassen

Positive Änderung im Umfeld?
- Förderung ÖV-Nutzung

Gemeinde Klosters

9. Antrag

Der Vorstand **<u>beantragt</u>** dem Gemeinderat somit folgendes an die Adresse des Gemeindevorstands abschliessend zu entscheiden:

1. Ist gegen die **Verfügung des Regierungsrats** des Kantons Graubünden , RB Nr. 170/2022, vom 01.03.2022 oder Teile davon **Beschwerde ans Verwaltungsgericht Graubünden zu führen?**
2. Ist gegen die **Verfügung der Kantonspolizei** Graubünden vom 03.03.2022 oder Teile davon **Beschwerde ans DJSG zu führen?**

GEMEINDERAT KLOSTERS

SITZUNG VOM | **PROTOKOLL NR.**

15. März 2022 | 58/23

Fortsetzung Detailberatung

Änderungsantrag Gemeinderat Samuel Helbling

Gemeinderat Samuel Helbling bringt einen dahingehenden Änderungsantrag zu Ziffer 1 des Vorstandantrags ein, wonach Beschwerde erhoben soll, jedoch ohne Antrag auf aufschiebende Wirkung.

Gemäss Gemeinderat Samuel Hebling **erlaubt** dieses Vorgehen, Tempo 30 **einerseits aus Sicherheitsgründen umzusetzen. Andererseits** böte dieses Vorgehen eine Möglichkeit, den **Umgang mit Tempo 30 zu üben.**

Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio weist betreffend Ablauf darauf hin, dass er **Ziffer 1 und 2** des **Antrags** des **Gemeindevorstands separat behandeln** wird. Dann kann zu jeder Ziffer Ja oder Nein gesagt werden. Der Antrag von Gemeinderat S. Helbling spricht sich für ein Beschwerde aus, aber ohne aufschiebende Wirkung. Weiter ist festzulegen, ob gegen das Ganze oder Teile der Verfügungen Beschwerden geführt werden sollen.

Gemeinderat Johannes Kasper erkundigt sich, **was** die **explizite Forderung ohne aufschiebende Wirkung zur Folge** hätte. Was würde der Kanton machen? **Roger Stäubli,** TBA GR, äussert sich an dieser Stelle aus seiner sachlichen Beurteilung heraus, nicht einer rechtlichen. **Wenn** die Gemeinde bzw. der Gemeinderat Klosters **im Rahmen** der **Beschwerde** die **unbestrittenen quasi „Filetstücke"** (Lisabrücke bis Liegenschaft Kunz in Klosters Dorf und Klosters Platz bis Kanal) **unterstützt,** sich aber **gegen** den **bestrittenen Teil** der **durchgehenden Tempo 30-Strecke** zwischen Klosters Dorf und Platz **zur Wehr setzt,** wäre nach Ansicht von R. Stäubli **folgendes Vorgehen** opportun. **Tempo 30** wird bereits **auf der gesamten Strecke** zwischen Klosters Dorf und Klosters Platz provisorisch **signalisiert. Falls** das **Verwaltungsgericht** zum Schluss gelangen sollte, dass eine **durchgehende Tempo 30-Signalisierung** zwischen Klosters Dorf und Klosters Platz **nicht verhältnismässig** wäre, bräuchte es **nur noch zwei zusätzliche Tafeln** beim Kanal (Platz) und auf Höhe des Gebäude Kunz (jeweiliger Beginn sowie Aufhebung Tempo 30). Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio ist froh um die persönliche Einschätzung von R. Stäubli.

Gemeinderat Hans Ueli Wehrli spricht sich dafür aus, die **Beschwerde** gegen die regierungsrätliche Verfügung einzureichen, jedoch **ohne** Forderung nach **aufschiebender Wirkung,** und mit absoluter Vehemenz den aus Lärmschutzgründen vorgesehenen **Mittelteil** der **Tempo 30-Strecke (zwischen Klosters Platz und Dorf) abzulehnen.** Die Gemeinderäte Hanspeter Ambühl und Luzi Brosi schliessen sich dem Votum von H. U. Wehrli an.

Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio fragt an, ob jemand aus dem Rat **nur gegen einzelne Teile** des Regierungsbeschlusses **Beschwerde** zu erheben beabsichtigt. Aus dem Rat verlangt hierzu niemand das Wort.

Somit steht **nach wie vor** der **Antrag Hebling, Beschwerde** gegen die regierungsrätliche Verfügung zu führen, **aber keine aufschiebende Wirkung** zu verlangen, im Raum.

Gemeinderat Andrea Guler fragt an, ob der **Antrag nicht dahingehend präzisiert** werden muss, dass sich die **Beschwerde gegen Tempo 30 nur auf den Abschnitt Gebäude Kunz** (Klosters Dorf) **bis Kanal** (Klosters Platz) bezieht. Wenn dieser Zusatz nicht erfolgt, kann er nicht hinter dem Antrag Helbling stehen. In diesem Sinne würde A. Guler den **Gegenantrag stellen,** dass die **Beschwerde nur gegen das entsprechende Teilstück** zielt.

An dieser Stelle wird die **Ratssitzung für einige Minuten unterbrochen,** um die verschiedenen im Raum stehenden Varianten und die letztlich zur Abstimmung zu bringenden Anträge zu erörtern.

Fortsetzung der Ratssitzung

Gemeinderat Andrea Guler erklärt, dass er aufgrund der im Rahmen des Sitzungsunterbruchs geführten Diskussionen **keinen Antrag stellt** bzw. den geäusserten Gegenantrag zum Antrag Helbling zurückzieht.

In der Folge wird keine weitere Diskussion geführt.

Schlussabstimmung

Abstimmung über Änderungsantrag Gemeinderat Samuel Helbling betr. Ziffer 1 Vorstandsantrag (Verfügung Regierungsrat des Kantons Graubünden)

Der Antrag Helbling, gegen die Verfügung des Regierungsrats des Kantons Graubünden, RB Nr. 170/2022, vom 1. März 2022 (Genehmigung Lärmsanierungsprojekt Klosters 2016), aus Lärmschutzgründen auf verschiedenen Kantonsstrassenabschnitten in Klosters Tempo 30 einzuführen, Beschwerde (insbesondere Ablehnung durchgehende Tempo 30-Zone zwischen Klosters Dorf und Klosters Platz) zu führen, jedoch ohne Forderung nach einer aufschiebenden Wirkung hinsichtlich der Verfügung, wird mit 12 gegen 1 Stimme angenommen.

Abstimmung über Ziffer 2 (Verfügung Kantonspolizei Graubünden)

Der Rat spricht sich mit 7 gegen 5 Stimmen, bei einer Enthaltung, dagegen aus, gegen die Verfügung der Kantonspolizei Graubünden vom 3. März 2022, in der Gemeinde auf den Gemeindestrassen in Klosters Dorf und Klosters Platz und auf der Monbielerstrasse von der Einmündung Sunniweg bis zur Einmündung Töntschiweg die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h festzulegen und eine Tempo 30-Zone einzuführen, Beschwerde zu führen.

GEMEINDERAT KLOSTERS

SITZUNG VOM 15. März 2022

PROTOKOLL NR. 58/25

Gemeinderat Johannes Kasper erkundigt sich, **wer** den durch den Gemeindevorstand beauftragten **Rechtsanwalt** hinsichtlich des Inhalts der Beschwerde **instruiert.** Dies ist **anhand** der **Debatte durch** den **Vorstand** vorzusehen.

Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio bedankt sich bei den Referenten des Kantons, Roger Stäubli, TBA GR, und Peter Landert, ANU GR, und Cornelia Voltz, Leiterin Bau und Infrastruktur, für die Unterstützung und die Sitzungsteilnahme.

GEMEINDERAT KLOSTERS

Der Präsident:	Der Aktuar:
_____	_____
Martin Bettinaglio	Michael Fischer

GEMEINDERAT KLOSTERS

SITZUNG VOM 15. März 2022

PROTOKOLL NR. 59/1

2. Orientierung und Aussprache

Vergabe gemeindeeigene Baulandparzellen im Baurecht: Gemeinderat Andrea Guler erkundigt sich, wie der **Stand** betr. **Vergabe Baulandparzelle**n an einheimische Familien lautet. Gemäss Gemeindepräsident Hansueli Roth haben inzwischen **alle Gespräche** mit den Bewerbern **stattgefunden.** Am **6. April 2022** wird die gemeinwesenübergreifende Arbeitsgruppe Landgeschäfte **Antrag z. Hd. Bürgerrat und Gemeindevorstand** stellen. H. Roth beurteilt die geführten Gespräch und den erfolgten Prozess als sehr positiv.

Zustand Alpstrasse nach Garfiun: Gemeinderat Hanspeter Ambühl beurteilt die **Strasse** nach Garfiun als in einem relativ **schlechten Zustand. Gemeindevorstandsmitglied Florian (Flury) Thöny** kann das Votum nachvollziehen. Im Frühjahr ist der Zustand immer weniger gut. Das Abtauen trägt auch das Seine bei. Erhebungen der Strassen und Schäden können **erst im Frühjahr,** wenn der Schnee weg ist, beurteilt werden. Dann kann **entschieden** werden, **ob und wo Handlungsbedarf** besteht.

Aufgrund einer Anfrage von Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio wird über Aktivitäten Gemeinde im Bereich Ukraine informiert: Gemeindepräsident Hansueli Roth informiert über die **laufenden Aktivitäten** der **Gemeinde** in diesem Zusammenhang. Wie den Medien entnommen werden konnte, hat der Gemeindevorstand je einen **Spendenbeitrag** von CHF 5‘000.-- (total **CHF 10‘000.--)** an die Unicef und die Ukraine Hilfe Graubünden gesprochen. Im Zusammenhang mit der **Unterbringung** von **Flüchtlingen** hat die Gemeinde im Weiteren das Amt für Migration und Zivilrecht (AFM) Graubünden angesprochen. Das AFM GR ist froh um die **Meldung** möglicher **Objekte** für **Kollektivunterkünfte** für Flüchtlinge. Die Gemeindeverwaltung **klärt** auch mit der Gemeinde Wallisellen **ab,** ob das Gebäude der **ehemaligen Jugendherberge „Soldanella“** für entsprechende Zwecke zur Verfügung gestellt werden kann. Wichtig ist gemäss H. Roth, dass nebst der Unterkunft auch die notwendige Qualität in der Betreuung gewährleistet ist (Betreuung, Schule, etc.). Die Gemeinde unternimmt etwas, aber nur in Zusammenarbeit bzw. Absprache mit dem Kanton.

Abschluss und Dank: Gemeinderatspräsident Martin Bettinaglio dankt allen für die engagierte Debatte und dem Arena-Team für die Vorbereitung der Sitzungsinfrastruktur.

GEMEINDERAT KLOSTERS

Der Präsident: Der Aktuar:

_____ _____

Martin Bettinaglio Michael Fischer

Geschäft 2019-3120